

Diesen Anspruch auf besonderen Schutz der Unversehrtheit wird mit dem Schlagwort «Vier-Säulen-Politik» und dem straffreien Kiffen mit Füssen getreten, und die Entwicklungsförderung dabei bewusst, wenn nicht gar bösartig, verhindert. Cannabis macht nicht Halt vor unter 18-jährigen, dies ist allgemein bekannt.

Parlamentarier die den freien Cannabiskonsum befürworten, missachten diesen Artikel aufs grösste und lassen jede Ehrfurcht vor dem Leben und der Entwicklung Jugendlicher vermissen. **Für jugendliche Drogenabhängige trägt nicht die Familie, sondern jeder Legalisierungsbefürworter und damit auch der Staat die alleinige Verantwortung.**

So duldete der Staat über Jahre verantwortungslos den Verkauf von **Alkopops** an Jugendliche als harmlosen Softdrink und **züchte diese zu Rausch- und Koma-säufern** heran. Vergleichbar ist nun der politische Wunsch nach Legalisierung von Cannabis, den man als harmlos und ungefährlich taxiert.

Wenn die Kiffer dannzumal zu harten Drogen greifen, werden staatliche Fixerstübli und Gassenzimmer eingerichtet und die Familien als Täter ausgemacht. Die instrumentalisierten Politiker haben dann auch noch ein gutes Gewissen für ihre „gute Tat“.

Vor ca. 20 Jahren wurde unserer Tochter zum Ausstieg aus den Drogen von „Fachleuten“ das wissenschaftlich „unbedenkliche“ Methadon empfohlen – obschon bekannt war und ist, dass der Methadonentzug um einiges schwieriger ist als derjenige von Heroin. Seit dieser „fachmännischen“

Empfehlung ist sie methadonabhängig und konsumiert noch andere Substanzen.

Es ist längst angezeigt, dass betroffene Familien sich Gedanken über **Opferentschädigung bzw. Schmerzensgeld** wegen fahrlässiger Körperverletzung (Beeinträchtigung körperlicher, seelischer und geistiger Gesundheit) in Anlehnung an Art. 125 des Schweizerischen Strafgesetzbuches machen, da Jugendliche leichten Drogen-Zugriff haben und der Staat dafür haftbar ist.

Es dürfte den Politikern wohl bekannt sein, dass die betroffenen Familien in ständiger Angst leben müssen und der Unberechenbarkeit ihrer drogensüchtigen Kinder/Geschwister ausgesetzt sind. Abgesehen davon müssen sie finanzielle Lasten und Diskriminierung erdulden.

Wir Eltern fordern ein striktes Verbot sämtlicher Drogen zum Schutze unserer Kinder und Jugendlichen und die konsequente Anwendung des Strafgesetzes.

Vielen Dank für Ihre Spende auf PC 30-7945-2 Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen Postfach 8302 3001 Bern

UNO - International Narcotics Control Board, Report 2006:

«The Board believes that any national, state or local authority that permits the establishment and operation of **rooms or any outlet to facilitate the abuse of drugs**, by injection or any other route of administration, also provides an opportunity for **illicit drug distribution**». The Board urges the Government of countries where **rooms for the abuse of drugs** are in operation to provide adequate services to those in need of treatment and rehabilitation, in accordance with the provisions of the international drug control treaties, rather than providing such rooms».

Niederschwellige Angebote wie Fixerräume und Betäubungsmittelabgabe und ihre Auswirkungen auf drogensüchtige Menschen

von Thomas Heller, Ex-Fixer und Familienvater

Seit dreissig Jahren beschäftigt mich die schweizerische Drogenpolitik. Die Drogenproblematik überfordert viele Leute. Die Probleme sind sehr komplex. Dennoch sollte die Schweiz auch für komplexe Probleme Lösungen finden. Diesen Glauben habe ich bis heute nicht aufgegeben.

Zuerst wollte man die Probleme mit aller Härte des Gesetzes bekämpfen, worauf ein liberaler Umgang folgte, wieder gefolgt von Härte. Nach ein paar Mal hin und her entschied man sich für die totale Laissez-Faire-Politik. Es endete im grossen Fiasko.

Fortsetzung nächste Seite

Das Ausmass der öffentlichen Drogenszenen in Zürich und Bern wuchs ins Unüberschaubare, und die schrecklichen Bilder gingen damals um die ganze Welt, wie unfähig die Schweiz war, sich den Problemen zu stellen.

Es kam der Druck der Öffentlichkeit, von Bürgern, die längst erkannt hatten, dass einiges im Argen lag bei Politik und Fachleuten.

Zumindest hat dieser Druck bewirkt, dass alle einsahen, dass man sich den Problemen wieder annehmen musste. **Die Stimmen jedoch, die eine klare Politik forderten mit Härte und Hilfe, wurden von den damaligen Versagern als unglaublich heruntergespielt. Anstatt sich Fehler einzugestehen und aus Fehlern zu lernen, zu sagen, es brauche eine klare Richtungsänderung, fand niemand den Mut, zu den gemachten Fehlern zu stehen.**

So musste eine neue Linie erfinden werden, um die Fehler „möglichst steril und menschen-neutral in schönes Geschenkpapier zu wickeln“, damit die Mehrheit des Stimmvolkes für diese „vernünftige Politik“ zu gewinnen war. Eine Politik, die vorgaukelte, dass man mit „zudecken“ und „einpacken“ die Probleme im Griff habe.

Das Geschenkpapier wurde mit niederschwellige Hilfe, Heroinabgabe, Fixerstübli usw. beschriftet.

Mit diesem Geschenkpapier konnte man die Bevölkerung dazu bringen, mehr auf das schöne Papier zu sehen als auf das angerichtete Elend darunter. Niemand musste sich eingestehen, versagt zu haben. Nein! Man konnte sogar den gleichen falschen Kurs der Politik beibehalten und verkünden, wie lösungsorientiert man angeblich arbeite.

Es war allen im Land damals klar, dass es etwas Vernünftiges brauchte. So war es relativ einfach, schönes Geschenkpapier zu verkaufen und die falsche Richtung beizubehalten. Verglichen

mit den unschönen offenen Szenen, war diese Verpackung angenehm anzusehen. Nur wenige – unter anderen auch ich – sagten schon damals, dass es eine grosse Mogelpackung sei, die das Elend nur zudeckt aber nicht anpackt.

Helfen wollten damals alle, aber dass es die falsche Hilfe war, das interessierte fast niemanden mehr. Hauptsache, wir hatten eine sterile, der sauberen Schweiz angepasste Lösung, die tragfähig war und die man in die ganze Welt als „gute Lösung“ exportieren konnte.

Die Zahl der Konsumenten, sowohl von weichen als auch von harten Drogen steigt seitdem unaufhaltsam weiter. In Bern und auch anderenorts fängt das Geschenkpapier langsam zu reissen an. Jetzt möchte man wieder mehr Härte. Man vergisst, dass es neben Härte auch Liebe braucht und vor allem eine ganz klare Richtungsänderung in der Politik.

Seit der Einführung der niederschwelligen Angebote sank die Zahl der Aussteiger, und die Neueinsteiger rücken nun nach in die Fixerstübli. Wahrheiten werden unterschlagen und zurechtgebogen.

Die Dealer nutzen die niederschwelligen Angebote seit Jahren für ihre Geschäfte und ihre Geschäfte florieren. Unsere Politiker, beraten durch ein Heer von „Fachleuten“, glauben anscheinend immer noch, dass ein Pflaster für die Süchtigen und eine Krankenschwester, die wieder belebt, wenn zuviel gespritzt wird, die Lösung sei für die Probleme, die wir haben.

Ja, dies ist eine Lösung für die Dealer! Nämlich: Den Süchtigen möglichst lange „fit im Elend“ zu halten, damit er dem Dealer noch die nächsten

dreissig Jahre sein geklautes Geld abliefern kann, bevor er dann steril gespritzt dem Tod in die Augen schauen muss.

Viele gute Therapien, vor allem die erfolgreichsten, mussten schliessen, weil fast niemand mehr Veränderung bezahlen will. Die Ausstiegsmotivation sank, da viele Süchtige annahmen, ein steriles Spritzen würde nun ihre Not lindern. Langsam merken aber auch diese, dass alles nur eine grosse Mogelpackung war.

Bern fordert nun von Thun ein Fixerstübli aufzumachen, damit das Elend, das sich durch die falsche Politik wieder ansammelt, verteilt werden kann. Damit ja nicht wieder Druck von der Bevölkerung kommt, die auf eine Richtungsänderung drängt.

Der Kanton fördert die falsche Politik des Bundes und setzt Druck auf Städte wie Thun aus: «Wenn ihr nicht spurt, fördern wir mit den Steuergeldern des Kantons Bern die falsche Politik weiter». Am Ende zahlen wir diese niederschwelligen Angebote so oder so. Die Fachstellen möchten am liebsten das dickste Geschenkpapier, dass es noch für weitere zwanzig Jahre verfehlte Politik hinreichen würde. Damit das angerichtete Elend nur ja nie mehr dem Steuerzahler vor die Augen kommt. Deshalb will die Drogenlobby, dass die Drogenprobleme nicht behoben, sondern in reissfestes, hochsteriles Papier eingewickelt und mit der Beschriftung Swiss Quality versehen werden.

Lernen sollte man von den erfolgreichen Projekten, die langfristig Veränderung bringen. Ich würde mich als Politiker schon längst von den Projekten distanzieren, die man jetzt ausweiten muss, weil sie die Szene fördern, aber die Probleme nicht lösen.

Gut nachrechnen! Gemäss Statistik sind beim Heroin die Zahlen stabil, zudem soll es mehr Aussteiger geben als früher. Trotzdem brauchen wir für die paar wenig Verbliebenen mehr Fixerstübli. Wer Ohren hat, der höre! Wer nicht rechnen kann, soll es bleiben lassen.

Lösungen

Dieses Statement wird wohl kaum ausreichen, alle Lösungsansätze aufzuzeigen, aber dennoch hier einige kurze Denkanstösse:

1. **Fehler der letzten dreissig Jahre eingestehen** und aus diesen lernen. Besser spät als gar nie.
2. **Die niederschweligen Angebote müssen auf ein Minimum reduziert werden.** Sie dürfen nie so aufgebläht sein wie heute. Sie dürfen den Ausstiegswillen nicht schwächen.
3. **Die eingesetzten finanziellen Mittel sollen Projekten zugute kommen, welche Erfolge aufweisen können.** Sicher ist es kein genügender Erfolg, den Status Quo der Sucht aufrecht zu erhalten. Da sollten doch noch einige höhere Ziele gesteckt werden, den Süchtigen und uns allen zuliebe.
4. **Die Therapeuten bestimmen in Zusammenarbeit mit dem Süchtigen die Therapie und nicht das Verbleiben in der Sucht.** Wer sich weigert mitzuarbeiten, muss halt die geltenden Gesetze spüren, sobald er negativ auffällt.
5. **Die Polizei muss gestärkt werden,** aber in erster Linie dadurch, dass nach ihrem Einsatz die nötigen Hilfseinrichtungen zur Verfügung stehen und funktionieren. Es darf nicht sein, dass die Süchtigen am nächsten Tag wieder am gleichen Ort beim Dealer stehen, weil die Nachfolgebetreuung versagt oder Therapieplätze fehlen. Dazu braucht es keine Polizei! Hilfeinrichtungen dürfen aus meiner Sicht nicht Plätze sein, die öffentliches Dealen und Fixen fördern.
6. **Die Monopolstrukturen, die heute in der Schweiz im Suchtbereich das Sagen haben, müssen aufgebrochen werden. Unabhängige Stellen sollten das Qualitätsmanagement prüfen.**

Ich bin überzeugt, dass mit den bestehenden finanziellen Mitteln Projekte verwirklicht werden könnten, die langfristig den Süchtigen und uns allen echt dienen würden. Ich denke, dass es nur die Zusammenarbeit derer brauchen würde, die erkannt haben, dass schönes Geschenkpapier allein keine Lösung ist.

Besuchen Sie unsere Website:

www.elterngegendrogen.ch
www.elterngegendrogen.ch
www.elterngegendrogen.ch

T-Shirts



vom Künstler **Housi Knecht** weiss, mit rot/schwarzem Vogelsujet

«Frei ohne Drogen»
(sehr gute Qualität)
zu Fr. 10.00 exkl. Porto

zu beziehen bei:

Schweizerische Vereinigung
Eltern gegen Drogen
Postfach 8302
3001 Bern
E-Mail:
eltern_g_drogen@bluewin.ch

**sowie Schirmmützen
zu Fr. 5.00 exkl. Porto.**

UNO - International Narcotics Control Board, Report 2006:

«The Government of **Switzerland** has proposed the revision of the Swiss drug control law, which, if adopted, would have in effect created a **legal market for cannabis**. In February 2006, the Government indicated that a revision of the drug control law was being debated in the parliament and that the bill did not include any of the provisions regarding the decriminalization of cannabis. The Board welcomes that development and urges the Government to ensure that any modifications to the legislation should be in line with the international drug control treaties».

Folgen der Beschlüsse zur Betäubungsmittelgesetzesrevision auf die schweizerische Drogenpolitik

Gegenwärtig befindet sich die Revision des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) im Bereinigungsverfahren. Zwar wurde von der Ratsmehrheit der Artikel, welcher das Ziel der Abstinenz fest schreibt, angenommen, doch beim genaueren Studium der Revisionsvorschläge muss festgestellt werden, dass dieser Artikel nur eine „Alibiübung“ oder „Beruhigungspille“ für die Kritiker der Vorschläge zur Betäubungsmittelgesetzesrevision sind. Denn verschiedene Forderungen der Drogenlobby und der Initianten der durch das Volk mit über 70% abgelehnten Droleg-Initiative sollen gesetzlich verankert werden, Forderungen mit grossen sozialpolitischen und finanziellen Auswirkungen. **Es fällt auf, dass in der schweizerischen Drogenpolitik eine Prüfung der Mass-**

nahmen betreffend Nachhaltigkeit weitgehend fehlt. Denn würden für süchtige Menschen nachhaltige Massnahmen getroffen, müssten diese eine nach Duden „anhaltende Besserung“ oder „erfolgreiche Wirkung“ erzielen. Also müssten nach einer kurzen Übergangsfrist alle Überlebensangebote geschlossen und abstinenzorientierte Therapien unterstützt und ausgebaut werden.

Heroin ein Heilmittel!? Heroinabgabe eine Therapie?

Bis anfangs der 90er Jahre galt das Rauschgift Heroin zu Recht als verbotener Stoff, da sein Suchtpotential mit 90-95% enorm hoch ist (von 100 Konsumenten verfallen 90-95 der Heroinsucht). Innerhalb weniger Wochen führt das Sniffen, Rauchen oder Spritzen von Heroin in eine körperliche und psychische Abhängigkeit. Durch das Rauschgift wird ein aussergewöhnlich starker Euphoriezustand hervorgerufen, der zwanghaft wiederholt werden muss. Wegen der raschen körperlichen Gewöhnung treten sofort Entzugserscheinungen auf falls kein Rauschgift-Nachschub erfolgt.

Für Jugendliche sind die Folgen von regelmässigem Heroinkonsum ein Ausbleiben von altersgemässen Entwicklungs- und Reifungsschritten und kaum aufholbare Defizite. Das heisst: Sucht und Abhängigkeit führen nicht vor allem durch die Illegalität des Suchtmittels zu einem Bruch mit der Umgebung und mit den Anforderungen der Realität, sondern sind die Folgen des Rauschgiftkonsums Heroin. Vor allem in Krisensituationen ist der Pseudo-Problemloser sehr gefährlich, und deshalb brauchen gefährdete Menschen das klare Signal, dass Heroin ein verbotener Stoff ist und dass die Heroinabgabe statt in die Freiheit, in die totale Abhängigkeit führt. Auch zeigen die seit mehr als zehn Jahren durchgeführten Versuche, dass die Klientel fast ausschliesslich, ca. 80%, politoxikoman (von ganz verschiedenen Drogen abhängig) ist und somit auf dem Schwarz-

markt zusätzlich zum verabreichten Heroin andere süchtig machende Substanzen in grösseren Mengen konsumiert, vorrangig Kokain, Schlaf- und Beruhigungsmittel. Die Erfahrungen mit der staatlichen Heroinabgabe bei den gescheiterten Versuchen in Mersey bei Liverpool, aber auch die Auswertungen der Schweizer Versuche zeigen, dass bei süchtigen Menschen, die mit Heroin befriedigt werden, jede Hoffnung zerstört wird, von der Drogenabhängigkeit loszukommen, und diese lebenslang Sozialfälle bleiben.

Dass sich Heroinsüchtige durch das Spritzen von staatlich kontrolliertem Heroin einer Therapie, also Heilbehandlung unterziehen würden, stimmt nicht. Im besten Fall handelt es sich bei der Heroinabgabe um kurzfristige Schadenminderung bei den Süchtigen. Mit ca. 5% Ausstiegswilligen muss diese „Therapie“ als Misserfolg gewertet werden.

Auch muss unbedingt vermieden werden, dass Ärzten die Heroinabgabebewilligung (wie bei Methadon!) erteilt werden kann. Denn dadurch würde wegen des Arztgeheimnisses jegliche Transparenz in der Heroinabgabe verhindert! Diesen Fakten zum Trotz wurde nach dem Willen des Departements von Herrn Couchepin das weltweit verbotene Rauschgift Heroin zu einer verschreibbaren Substanz umklassiert und die Heroinabgabe als anerkannte „Therapieform“ ins revidierte Gesetz aufgenommen. Dieser Schachzug ermöglicht dem Bundesamt für Gesundheit (BAG), die Krankenkassen zu verpflichten, die Kosten der Rauschgiftabgabe in die Grundversicherung zu übernehmen. Da das Heroin für die staatliche Verabreichung den Namen Diaphin erhielt und diese Änderung in den Medien kaum Erwähnung fand, blieben bis anhin Proteste der Prämienzahlen sowie der Politiker und Politikerinnen aus. Im Bulletin des BAG vom 30. Januar 1995 wurden Berechnungen einer allfällig erweiterten Heroinabgabe angestellt; der Endpreis für ein Gramm Heroin beträgt demnach 100 Franken Er enthält Mehrwertsteuer,

Transport, Lagerung, Sterilisation, Herstellung und Qualitätskontrolle. Zurzeit werden jährlich mehr als 200 kg Heroin benötigt, also müssen die Krankenkassen jährlich ungefähr 20 Mio. Franken für diesen Suchtstoff übernehmen!

Fixerräume

Der Bund will das „Dienstleistungsangebot“ betreffend Schadensminderung und Überlebenshilfe koordinieren und Kantone und Gemeinden verpflichten, Fixerräume und staatliche Drogenabgabestellen zu führen, aber auch die Fixerutensilien (sterile Flashbox) zu vereinheitlichen. Der Bund wird mit Angebotssteuerungen, zum Beispiel im Bereich Überlebenshilfe eingreifen können, um widerspenstige Kantone zu zwingen, eine flächendeckende Spritzen- und Betäubungsmittelabgabe oder Fixerräume bereitzustellen. Im neuen Gesetz wird nicht mehr von Heroin-, sondern von Betäubungsmittelabgabe gesprochen. Auch hier ist eine Angleichung an die Droleg-Initiative festzustellen: Eine Abgabe von Kokain, Ritalin, LSD usw. ist mit diesem revidierten Gesetz vorbereitet.

Vergleicht man Schweizer Städte ohne solche Angebote wie Fixerräume und Heroinabgabestellen mit denjenigen, welche diese Infrastruktur den drogensüchtigen Menschen anbieten, wird festgestellt, dass diese Angebote die Nachfrage steigern. Auch werden Drogendealer durch Fixerräume angezogen. Die so entstandenen rechtsfreien Räume sind abzulehnen. Auch aus ökonomischer Sicht, aus Sicht einer nachhaltigen Drogenpolitik, sind Fixerräume ein Fass ohne Boden. Nicht nur für die öffentliche Hand, sondern vor allem auch für die Eltern Süchtiger wird die Belastung immer grösser.

Ameisenhandel

Der Ameisenhandel, das heisst der Drogenhandel mit kleinen Drogenmengen und zum Eigengebrauch darf nach revidiertem Gesetz nicht mehr verfolgt und bestraft werden. Dieser Beschluss wird die Verfolgung des Drogen-

handels durch die Polizei verunmöglichen und die Drogenmafia stärken.

Strafmilderung

Keinesfalls darf ein Strafmilderungsgrund vorliegen, wenn ein Kleinhändler selber drogenabhängig ist. Denn somit könnte jeder Drogenhändler, der sich im sogenannten Ameisenhandel betätigt, behaupten, er handle mit Drogen zur Finanzierung der eigenen Sucht. Der polizeiliche Kampf gegen den illegalen Drogenhandel wäre damit sehr erschwert, und die öffentliche Ordnung und Sicherheit massiv gefährdet.

Geschlossene Therapiestationen

Der geltende Artikel «Fürsorgerischer Freiheitsentzug» muss vermehrt angewandt werden. Denn im Verlaufe der Suchtentwicklung wird die Willens- und Entscheidungsfreiheit zunehmend eingeschränkt. Deshalb wählen immer mehr drogensüchtige Menschen die Heroinabgabe oder bleiben Dauerkundschaft im Fixerraum, währenddem erfolgreiche, abstinenzorientierte Therapien in den letzten Jahren geschlossen werden mussten. In Gesprächen mit süchtigen Menschen zeigt sich immer wieder, dass diese nur mit einer Einweisung in eine geschlossene Klinik, in welcher sie ihre Ressourcen entdecken und ihre Defizite aufarbeiten können, gerettet werden können. Geben wir also jedem die Chance, in einer menschenwürdigen Umgebung zu sich selber und zu Eigenverantwortung zu finden.

Allerdings ist die schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen der Meinung, dass die weitgehend fehlenden geschlossenen Therapiestationen unbedingt geschaffen werden müssen. Die abstinenzorientierten, nachhaltigen Therapieinstitutionen mit bis zu 80% Ausstiegsquote müssen Unterstützung finden, da sie süchtigen Menschen echte Heilung bringen. Auch wenn abstinenzorientierte Therapien ein bis drei Jahre dauern, ist diese staatliche Investition kostengünstiger, da erst geheilte, selbstbestimmte

Menschen wieder integriert und in einen geregelten Arbeitsprozess aufgenommen werden können.

Wir Eltern und besorgte Mitglieder der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen verlangen, dass jede Massnahme in der Drogenpolitik auf ihre Nachhaltigkeit geprüft wird. Auch fordern wir, dass die UNO-Drogenkontrollbehörde an Ort und Stelle unsere staatliche „Drogenindustrie“ begutachten kann.

Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen



Auf welche verheerende Zukunft die heutige institutionalisierte schweizerische Drogenpolitik zusteuert, lässt sich am immer exzessiveren **Alkoholkonsum im Jugendalter mit dem damit verbundenen Rauschtrinken – trotz so genanntem Jugendschutz – ablesen. **Wir brauchen kein weiteres legales Suchtmittel, das auf gesellschaftliche Akzeptanz stösst!****

UNO - International Narcotics Control Board, Report 2006:

«The **Swiss authorities** have extended to 2009 the **heroin maintenance prescription programmes** that were originally intended to end in December 2004. Switzerland is one of the countries in Europe where drug injection rooms are part of the national drug control policy. According to the Government, in November 2005, there were 12 drug injection rooms in the country. The Board encourages the Government to continue its efforts to ensure that adequate services are made available to those in need of treatment, rehabilitation and social integration in conformity with the international drug control treaties, rather than continue operating drug injection rooms».



Begriffe wie «Prävention», «Vier-Säulen-Politik» und «Nachhaltigkeit» sind bei den Exponenten der schweizerischen Drogenpolitik zu blossen Worthülsen verkommen, deren positive Ausstrahlung sie gepachtet haben und für ihre eigenen Zwecke missbrauchen.

Quels toxicomanes, l'actuelle politique drogue en Suisse prépare-t-elle pour demain?

Yves Lanini, ancien Directeur de la Fondation du Levant, Lausanne

Je tiens tout d'abord à souligner que c'est en tant qu'intervenant en toxicomanie indépendant que je m'exprime. Je ne représente aucune structure, ni lieu de soins et c'est donc à titre personnel que j'assume la responsabilité de mes propos.

Je travaille avec les toxicomanes depuis trente ans, et je ne trouve pas que ceux que je fréquente aujourd'hui diffèrent beaucoup de ceux que je connaissais à mes débuts. Ils consomment des drogues différentes c'est vrai, ils les consomment également de manières différentes, mais la ou les raisons qu'ils ont de consommer restent les mêmes.

Ce qui a par contre changé et c'est certainement l'une des conséquences de l'actuelle politique drogue dans notre pays c'est la philosophie des soins à apporter aux toxicomanes. En effet, notre politique dite des quatre piliers s'est surtout orientée vers le bas seuil. Il en a suivi une médicalisation et une médication à outrance de la toxicomanie. La toxicomanie est devenue une maladie, il n'y a plus de drogué, il n'y a que des malades et lorsque ceux-ci peuvent accéder à une réinsertion socioprofessionnelle, c'est pour entrer à l'Aide sociale. Je cite Jean-Dominique Michel, socio-anthropologue, à Genève, qui écrit dans un article intitulé «le cube et le termites»:

«Sur le terrain, on observe maintenant qu'existe une importante population de toxicodépendants au long cours et dont l'addiction a été en quelque sorte subventionnée par

l'Etat. Aux toxicomanes zombies du début des années quatre-vingt qui rasaient les murs, pâles comme la mort, pour échapper à la police, ont succédé des personnes momifiées par des années de stupéfiants légaux et illégaux qui leur ont été administrés et qui promènent leur mal être dans une indifférence quasi générale. L'image des personnes toxicodépendantes a évolué, leur vécu également, mais peut-on parler de succès devant ces êtres vieillis avant l'âge, crâmes du dedans par l'addiction et dont certains pensent qu'il faudrait les brandir comme exemple probant d'un système que le monde entier nous envierait».

Dans ce nouveau modèle médicoscientifique, des notions aussi évidentes et aussi indispensables que «abstinence et réinsertion socioprofessionnelle» sont bannies, voire prohibées.

Je pense que nous faisons vraiment fausse route. La toxicomanie reste pour moi un comportement, un comportement de survie par rapport à une souffrance et un vide existentiel qu'il s'agit de contenir et de combler pour éviter parfois d'aller jusqu'au suicide.

La guérison ne peut passer que par la confrontation à ce vide avec toutes les souffrances nouvelles que cela engendre. Du programme socioéducatif ambulatoire et résidentiel, basé sur l'empathie et l'exigence ont largement fait leurs preuves dans ce domaine. Ils sont actuellement complètement déniés, j'en veux pour preuve la méfiance et les brimades exercées au cours de ces dernières années sur les structures résidentielles de prise en charge de toxicomanes organisées selon le principe de la communauté thérapeutique.

Trente ans d'expérience m'ont prouvé qu'un toxicomane ne s'en sort jamais si, au cours de son sevrage, il n'est confronté à des expériences et à des relations fortes. La surmédicalisation, en particulier les benzodiazépines, empêche les résidents d'être suffisamment lu-

cides pour affronter ce combat vis-à-vis d'eux-mêmes. D'autre part, à force d'entendre dire qu'ils sont malades, ils se sentent malades, se vivent comme des malades et réagissent comme des malades.

Je vous l'ai dit, je considère la toxicomanie comme une réponse, un comportement de survie mais qui très vite se transforme en comportement inadéquat. Vouloir aujourd'hui agir sur le comportement est pratiquement toujours considéré comme une manœuvre manipulatoire; juger des comportements, croit-on, c'est juger les personnes, il faut, nous dit on, respecter le droit de la personne à consommer, le droit de la personne à choisir son traitement et poser la moindre exigence dans le cadre dudit traitement, c'est souvent considéré comme une mesure de maltraitance tout-à-fait répréhensible.

En conclusion, j'aimerais rappeler que l'on ne fait pas de compromis avec la drogue, la drogue est dangereuse et son grand paradoxe est d'être précisément dangereuse parce que, dans un premier temps du moins, elle fait du bien, elle fait beaucoup de bien, à ceux qui la consomment. Elle est donc une escroquerie majeure à la vie et à ce titre doit être condamnée et interdite de manière absolue. Tout compromis avec la drogue se retournera toujours contre le toxicomane.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Schweizerische Vereinigung
Eltern gegen Drogen,
Postfach 8302, 3001 Bern
eltern_g_drogen@bluewin.ch
www.elterngegendrogen.ch
PC 30-7945-2

Redaktionsteam:
Dr. med. Theodor Albrecht
Dr. rer. nat. Alexandra Nogawa
Sabina Geissbühler-Strupler

Layout:
Christine Gross,
adm_gross@bluewin.ch